

Wem nützt Armutskriminalität?

Von Helga Cremer-Schäfer

Wenn kriminologische Experten für die Kriminalstatistik keine populistischen Politiker der Marke kanthiger Hard-Liner hätten, es stünde schlecht um sie. Die notwendige Kritik der Unsicherheitsproduzenten dient meist nur als Overtüre für eine bekannte kriminologische Diagnose. Alchemisten wollten aus minderwertigen Stoffen Gold machen, Kriminalstatistik-Experten stellen aus Korrelationen und Kriminalitäts-Belastungsziffern »Kriminalitätsursachen« her. Damit keiner den Hokusfokus merkt, passen sie ihre Sprache und Politik-Rezepte in Fürsorglichkeit ein; auch das ist ein ZEIT-Geist.

Die Statistik-Experten haben in den letzten Jahren den Strafrechts-verwaltern ziemlich auf die Finger geschaut. Dem Alltagsverstand könnte klar sein: Kriminalität ist ein Produkt derer, die behaupten, nur zu reagieren. Statistik zeigt an, wie gearbeitet wird: Pannen beim Registrieren, unvermutet schnelles Aufarbeiten der Vergangenheit, Erhöhung der polizeilichen Ermittlungskapazität, polizeiliche Definitionsmacht, Anzeigekultur, Bearbeitungsroutinen. Kein »Datenschwindel«, kein »Zerrspiegel der Kriminalitätswirklichkeit«, eine Tätigkeitsstatistik. Sie zeigt genau an, wie häufig Widerständigkeiten gegen eine disziplinierte Lebensweise, Strategien des Durchlaviereus, Ausbruchsversuche, riskante Geschäfte, Leiden an der Gesellschaft, Chauvinismen, gewalttätig demonstrierte Aufsässigkeiten oder materielle Schädigungen von den Instanzen der Strafrechtsverwaltung als »Kriminalität« anerkannt und – früher oder später – auch so behandelt werden: Täter werden bestraft.

Aber die Kriminologie möchte keine Wissenschaft vom Strafrecht und seiner Anwendung werden. Ihre Öffentlichkeitsarbeiter wenden sich gegen Mißbrauch der Statistik, weil sie »Kriminalität« gebrauchen wollen. Und wenn beim Mitglied eines kriminologischen Forschungsinstituts der Verdacht keimt, Mitglieder eines anderen machten der Zunft den Glauben an die Kriminalität kaputt, oho, dann hauen sich die Herren Kollegen aber Unfreundlichkeiten (»Spekulation«) und Zahlen zur Fahrdichte in »MeVoPo« und »Sh« nach den »DD«- bzw. den »ICS-Untersuchungen« um die Ohren. Und das auf einem Forum, das etwas mit Neuer (!) Kriminalpolitik zu tun hat. Doch keine Angst, als Kriminologe weist sich aus, wer daran festhält, daß KBZ's anzeigen. Der eine findet heraus, in welchem Bundesland Anomie herrscht, der andere diagnostiziert die Problemgruppe des Jahres: 1992: die Jugendlichen, 1993: die Ausländer der zweiten Generation, 1994: die jungen Ostdeutschen. Und die »gefährliche Klasse« 1995?

Die »Ursachentheorien« entdecken in den letzten Jahren die älteste Prädestinationslehre, die wir kennen: die Armut, die miserable Lebenslage, der Frust, der sich einstellt, der Kontrollverlust der Autoritäten, die nichts zu bieten haben, sie machen kriminell. Wurden vor 30 Jahren Sozialwissenschaftler für diese Diagnose nicht belächelt? Gab es da nicht die kriminologische Diagnose der »Wohlstandskriminalität«? Können wir uns jetzt nicht mit allen Minderheiten, Rechtlosen und Benachteiligten freuen, daß der Sachverstand heute auf dem Weg ist, sogar kulturkritische und pädagogische Erklärungen hinter sich zu lassen? Es hat seinen Preis:

Die fürsorgliche Theorie »straffällig, weil arm und frustriert« ist von der gleichen Platttheit und so unzutreffend wie die, »kriminell, weil ohne Werte und Moral« oder »kriminell, weil psychopathisch«. »Problemgruppen« gelten ja nicht als gefallene Engel, sondern als gefährliche und potentielle Delinquente. Sie werden zudem als manipulierbare Reaktionsdeppen hingestellt. Anerkennung und soziale Degradierung gehen Hand in Hand. Wenn von einem »Tatmotiv: Armut« die Rede ist, wird allen die Reflexivität abgegraben. Wer hält dagegen, daß »Kriminalität« (und nicht nur die »Explosionen«) ein Ergebnis von Interaktion und Definitionsmacht sei? Die wohlbegründete Vermutung, daß die »Problemgruppen« (Arme, Junge, Ausländer) von allen Instanzen bevorzugt kriminalisiert werden, wird (vor allem auch von PraktikerInnen) stets der unbezweifelten Feststellung nachgeordnet, daß Benachteiligte häufiger »straffällig werden«. Also ist die »Reaktion« von der »Aktion« soweit doch nicht entfernt? Die politischen Rezepte für das Fachpublikum klingen konsenssträchtig, aber leerformelhaft: Sozialpolitik als Rechtspolitik, Aktivierung der Jugend-, Bildungs- und Sozialpolitik, Sozialintegration und Lebenslagen verbessern als Voraussetzung von Kriminalpolitik. Aber braucht es die überhaupt, wenn es keine »Sozialfälle« mehr gibt? »Gegen« diese Politik, läßt sich ebenso wenig sein wie »gegen« ein fürsorglich ausgewähltes Tatmotiv. Wer wendet sich gegen mildernde Umstände und die Milderung der Umstände? Und wofür sind wir damit? Mehr desselben, mehr Geld für die Sozialarbeit, das neue Jugendhaus und Erhöhung der Regelsätze können ja nicht gemeint sein.

Nach den Statthaltern für Strafe und Kriminalpolitik, nach »primärer Prävention« gar, wird immer dann verschärft gerufen, wenn allen klar ist, daß die Diskriminierung durch diese Politiken zunehmen wird. Die Formel, Kriminalität könnte durch andere Politiken und nicht eine andere Kriminalpolitik reduziert werden, bringt nicht Betroffenen Verbesserungen, sondern Professionellen Entlastung. Wenn Strafe und ihre Alternativen nicht greifen, kann man das nicht nur den Therapieresistenten oder den durch-Hilfen-nicht-Erreichbaren, sondern auch der Politik anlasten, die die letzte Ursache für Kriminalität nicht beseitigt. Wir alle scheitern und können wie gehabt weitermachen.

»Armut verhindern«: sollen diese Forderungen konkretisiert werden? Bräche nicht damit der Konflikt darüber aus, wer mit was so zufrieden zu sein hat, daß es keinen Grund mehr gibt, kriminell zu werden? Und wenn immer noch, kann es nur an ihm liegen. Fraglich bleibt, was sich für »Problemgruppen« ändert, wenn ihnen ein Stigma (Krimineller) zugeschrieben wird, um ein Recht auf ein gutes Leben anzumahnen. Kriminologie und Strafrechtsverwaltung verbuchen in jedem Fall Gewinn.

Dr. Helga Cremer-Schäfer arbeitet derzeit als Hochschullehrerin an der Fachhochschule Fulda, Fachbereich Sozialwesen.

